

An das
Präsidium des Nationalrats
per E-Mail

Ulrichsberg,

12.9.2013

Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienstag

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Lehrerin am BG/BRG Rohrbach übermittle ich Ihnen meine Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle.

Vorweg möchte ich festhalten, dass mir ein qualitativ hochwertiges Schulwesen sehr wichtig ist. Der Entwurf enthält viele Punkte, die ein solches gefährden würden und zu einer Verschlechterung der Ausbildung sowohl der künftigen Lehrerinnen und Lehrer als auch der Schülerinnen und Schüler führen würden. Eine masterwertige Ausbildung in der AHS sowohl für Unter- als auch Oberstufe ist eine Voraussetzung für qualitativen Unterricht. Das neue Dienstrecht sieht vor, dass LehrerInnen in der Unterstufe in allen Fächern, somit auch in jenen, in denen sie keine fachspezifische Ausbildung erfahren haben, zum Unterricht herangezogen werden können.

Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Wochenstunden bedeutet, dass eine Lehrkraft mehr SchülerInnen zu betreuen hat, da in Zukunft in mehr Klassen unterrichtet werden muss. Das führt unweigerlich zu einem Verlust der Betreuungsqualität, eine Individualisierung des Unterrichts wird nicht mehr machbar sein. In Schularbeitenfächern und speziell in Sprachenfächern wird der zusätzliche Arbeitsaufwand enorm sein. Korrekturen von Hausübungen werden eingeschränkt werden müssen, um überhaupt die anfallenden Schularbeiten fristgerecht korrigieren zu können.

Überhaupt lehne ich die Abschaffung des Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetzes entschieden ab. Es kann nicht sein, dass eine Werkstunde mit der einer Sprachenstunde gleichgesetzt wird. Der Arbeitsaufwand für Fächer der Lehrverpflichtungsgruppe I ist ungleich höher als der für Fächer der Gruppen IV. Das vorgesehene Zulagensystem kann

diese Ungleichheit keinesfalls kompensieren.

Von dem versprochenen Supportpersonal für die Schulen ist im Entwurf nicht die Rede.

Die vorgesehene Induktionsphase im Anschluss an das Bachelorstudium mit der vorgesehenen Hospitationsverpflichtung + Induktionslehrveranstaltungen in der unterrichtsfreien Zeit wird die angehenden Lehrerinnen und Lehrer unweigerlich in große Frustration und Burn-out führen. Es ist wirklich abenteuerlich, was man hier jungen Menschen zumuten möchte.

Die Abschaffung von Einrechnungen in die Unterrichtsverpflichtung (Schulbibliothek ...), die Streichung von Zulagen für zusätzliche Arbeiten (Klassenvorstand, Kustodiat, ...) werden die Motivation für dieses Tätigkeiten entsprechend sinken lassen. Dienst nach Vorschrift und fehlendes Engagement werden die Folge sein.

Eine Erhöhung der Arbeitszeit bei einer gleichzeitigen Reduktion der Lebensverdienstsumme ist abzulehnen und wird keinem anderen Berufsstand zugemutet.

Ich fordere eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Schulen , einen respektvollen Umgang mit den Lehrerinnen und Lehrern und eine Anerkennung ihrer Leistungen sowie eine ohne Polemik geführte Auseinandersetzung mit dem Thema Schule und Lehreraarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Ursula Berlinger-Fasching

BG/BRG Rohrbach